

Der Irrwitz von Waffenrückkäufen

Die Politik von Andrew Cuomo ist voller Schwachstellen.

Von [Dave Kopel](#) für das [Independence Institute](#)

15. Mai 2000 | National Review Online. Mehr von David Kopel über sog. „[buybacks](#)“.

Bauminister Andrew Cuomo hielt letzte Woche eine Pressekonferenz, um den Erfolg zu verkünden, den er dabei hatte, dass er Amerikaner dafür bezahlte, dass sie ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht ausüben. Obwohl der Kongress nie Geld für das Projekt bewilligt hat, hat Cuomo Steuergelder des Bundes verwendet, um das „BuyBack America“-Programm durchzuführen, mit dem laut Cuomo in den letzten Wochen mehr als 10.000 Waffen aus dem Verkehr gezogen wurden.

Bei dem Programm handelt es sich nicht wirklich um einen „Rückkauf“ [„buyback“, Anm. d. Übers.]. Da Cuomos Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung die Waffen nicht zuerst verkauft hat, kann es sie nicht „zurück“-kaufen. Auch wird das Programm nichts zur öffentlichen Sicherheit beitragen.

Es ist unwahrscheinlich, dass ein Krimineller, für den eine Waffe zum Handwerkszeug gehört, sein Werkzeug für 50 Dollar verkauft. Stattdessen sind die typischen Verkäufer bei einem „Rückkauf“ die Witwen von Jägern, andere ältere Menschen oder sonstige ungefährliche Personen – und nicht jugendliche Gangster, die plötzlich beschlossen haben, einem gewalttätigen Leben abzuschwören.

Da es bei den meisten Personen, die ihre Waffen abgeben, sehr unwahrscheinlich ist, dass sie damit ein Gewaltverbrechen begehen, muss der Nutzen eines Rückkaufs für die öffentliche Sicherheit, sofern vorhanden, in der Verringerung des Bestands an Waffen liegen, die gestohlen werden können, oder in der Beseitigung eines potenziellen Selbstmordinstruments. Aber der Rückkauf trägt nicht einmal viel zur Entwaffnung bei: Eine Studie über den Rückkauf von Waffen in Seattle ergab, dass sechshundsechzig Prozent der Verkäufer eine weitere Waffe besaßen, die sie nicht abgaben. Tatsächlich gaben drei Prozent der Waffenverkäufer an, dass sie das Geld für den Kauf einer anderen Waffe verwenden oder den Erlös an die National Rifle Association spenden würden. [Charles M. Callahan, et al., *Money for Guns: Evaluation of the Seattle Gun Buy-Back Program*, 84 PUB. HEALTH REP. 474 (1994).]

Außerdem sind die Waffen, die bei Rückkäufen verkauft werden, oft alt oder defekt. Dies sollte nicht überraschen. Eine halbwegs vernünftige Person, die eine Waffe im Wert von mehr als 50 Dollar besitzt, würde diese in einem Waffengeschäft zu einem fairen Preis verkaufen, anstatt sie für 50 Dollar an die Regierung zu geben.

Es überrascht nicht, dass sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Rückkäufe keinerlei positive Auswirkungen auf die Reduzierung von Kriminalität mit Waffen, Unfällen mit Waffen oder jede andere Form des Missbrauchs von Waffen haben. Die Forschungsergebnisse findet man in dem Buch *Under Fire: Gun Buybacks, Exchanges and Amnesty Programs* [Deutsch: „Unter Beschuss: Waffenrückkäufe, Eintauschaktionen und Amnestie-Programme“, Anm. d. Übers.], das von der in Washington ansässigen Police Foundation (einer Denkfabrik für Polizeichefs in großen Städten) veröffentlicht wurde.

Das Geld, das Cuomo für den Rückkauf verschwendet hat, stammte aus einem Zuschussprogramm zur Drogenbekämpfung. Obwohl der Kongress dem Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung Geld für den Kampf gegen Drogen (die illegal sind) zur Verfügung stellte, verwendete Cuomo das Geld, um Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, die nicht nur legal sind, sondern ausdrücklich durch das Second Amendment und die Verfassungen von vierundvierzig Bundesstaaten geschützt sind.

Warum wird von den Waffengegnern so viel Energie in Rückkäufe investiert? Ein Grund ist, dass es sich um einen Weg mit relativ geringem Widerstand handelt. Waffenbesitzer wehren sich zwar gegen Bestrebungen, ihnen ihre Waffen wegzunehmen, aber es ist ihnen gleichgültig, wenn die Regierung Waffen von anderen Bürgern kauft.

Zweitens können Rückkäufe ohne die Zustimmung der Legislative eingeleitet werden, solange ein Beamter der Exekutive, wie Cuomo, bereit ist, Steuergelder „kreativ“ bzw. rechtswidrig auszugeben.

Noch wichtiger ist, dass die Waffengegner wirklich glauben, dass Waffen von Natur aus böse sind. Die Leute, die wollen, dass die Regierung Waffen kauft und vernichtet, genießen dieselbe Befriedigung, die andere bei der Verbrennung von Büchern erlebten oder die Prohibitionisten bei Versammlungen erfuhren, wenn der Whiskey in den Fluss gekippt wurde. Aus der Sicht der Zerstörer ist es nicht nötig, zu warten, bis die Sozialwissenschaft die Vorteile der Zerstörung findet. Die Zerstörung des bösen Objekts ist an sich schon gut.

In einem freien Land haben Zerstörer jedes Recht auf ihre eigene Meinung, einschließlich der Meinung, dass es eine gute Idee ist, andere Menschen zu bezahlen, damit sie ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht ausüben. Aber es ist schwer, die Motive eines Politikers ins Gleichgewicht zu bringen, der behauptet, nicht gegen den Besitz von Waffen durch gesetzestreue Bürger zu sein – und dann jedes Mal Genugtuung empfindet, wenn ein Bürger seine Schusswaffen der Regierung übergibt, damit sie zu einem Block aus nutzlosem Metall eingeschmolzen werden.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**The Madness of Gun Buybacks**“ kann man hier abrufen: <https://davekopel.org/NRO/2000/Madness-of-Gun-Buybacks.htm>